

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Verständig für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 250

Samstag, den 25. Oktober 1930

Jahrgang 103

Der neue Reichshaushaltsplan für 1931

Der Reichshaushalt vom Kabinett verabschiedet — 1140 Millionen RM. Ersparungen Kürzung der Reichsministergehälter um 20 Prozent

U. Berlin, 25. Okt. Das Reichskabinett hat gestern nachmittag in mehrstündiger Beratung den Haushalt für das Rechnungsjahr 1931 endgültig verabschiedet. Die wichtigsten Vorarbeiten zu dem Entwurf haben bereits in wochenlangen Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den einzelnen Ressorts stattgefunden, so daß das Reichskabinett sich auf eine Durchsprache der wichtigsten Positionen beschränken konnte. Die verabschiedete Gen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den norddeutschen Länderregierungen in Berlin sein. Am 30. Oktober werden der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister sich nach Dresden begeben, um dort die gleichen Besprechungen abzuhalten, wie vorher in Stuttgart und Berlin.

Der verabschiedete Haushalt für 1931 balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit rund 10,5 Milliarden. Gegenüber dem Notverordnungshaushalt sind rund 1140 Millionen Ersparungen erspart worden. Auf der Einnahmeseite tritt vor allem der Minderertrag der Steuern in Erscheinung, der für 1931 auf 875 Millionen geschätzt wird, wozu noch verschiedene wegsfallende Steuern im Betrage von 484 Millionen kommen, zusammen Mindererinnahmen von über 1360 Millionen, von denen das Reich etwa 900, die Länder etwa 300 Millionen zu tragen haben, während der Lohnsteuerrückgang von 119 Millionen, der in den Steuerausfällen eingerechnet ist, zu einer Kürzung der Ueberweisungen an die Knappschafft führt. Ein höherer Steuerbetrag konnte nur bei der Tabaksteuer veranschlagt werden, die im Rahmen des Finanzprogramms erfüllt wird. Der Tabakzoll soll einen Mehrertrag von etwa 170 Millionen sichern. Die Beamtengehälterkürzung beträgt im Reich bei seinen Beamten 62 Millionen, bei der Reichspost ungefähr ebensoviel.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts für 1931 faßten die Minister den Beschluß, mit der gesetzlichen Verabschiedung ihrer Bezüge nicht abzuwarten, sondern bereits am 1. November auf 20 v. H. ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten. Im Anschluß an die Verabschiedung des Reichshaushaltsplans für 1931 wird das Reichskabinett in der nächsten Woche die weiteren mit dem Wirtschafts- und Finanzplan zusammenhängenden Vorlagen verabschieden. Als Termin für den Beginn dieser Beratungen ist der Dienstag, 4. November, in Aussicht genommen worden.

Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines Vor-

schlages des Reichsministers Schiele in eine eingehende Erörterung der zur Milderung der Landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maßnahmen ein. Diese Beratungen werden heute zum Abschluß gebracht.

Dr. Brüning beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern Freitag vormittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Preußens

Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich auf Anregung des Handelsministers mit einer Reihe von Vorschlägen zur wirksamen Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit in Deutschland. Es wurde beschlossen, der Reichsregierung die Prüfung der Frage zu empfehlen, ob eine Senkung der Arbeitszeit in einzelnen Wirtschaftsbereichen ohne Schädigung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei. Daneben ist der Reichsregierung vorgeschlagen worden, daß bis auf weiteres kein Betrieb eine Verminderung seiner Belegschaft vornehmen dürfe, wenn die betreffende Belegschaftsgruppe noch mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tageschichten beschäftigt werden kann.

Das Staatsministerium einigte sich ferner darauf, durch eine vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr ein Zustromen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt zu verhindern. Dadurch würden etwa 250 000 Jugendliche auf ein Jahr vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Ferner hat die preussische Staatsregierung der Reichsregierung vorgeschlagen, daß im nächsten Jahre keinerlei ausländische Wanderarbeiter für die deutsche Landwirtschaft zugelassen werden dürfen. Dadurch könnte etwa 110 000 Arbeitslosen Arbeit verschafft werden. Gleichzeitig hat der preussische Ministerpräsident ein umfassendes Meliorationsprogramm des Landwirtschaftsministers an den Reichskanzler weitergeleitet. In diesem Programm sind für die Ostprovinzen etwa 90 Millionen RM. vorgesehen, die im Laufe von drei Jahren bereitgestellt werden sollen. Dadurch sollen etwa 78 000 Arbeiter jährlich Beschäftigung finden. Es handelt sich um die Erschließung von Hoch- und Niedermoores sowie um die Intensivierung der Grünlandwirtschaft, von der die Steigerung der Leistungen der deutschen Vieh- und Milchwirtschaft abhängig sind.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat gestern den Haushaltsplan 1930-31 verabschiedet. Zugleich beschloß es, die Kürzung der Ministergehälter um 20 Proz. ab 1. November eintreten zu lassen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Preußens enthält als Kernstück die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden.

Das Land Thüringen hat in der Frage des Finanzanschlusses einen Vorstoß gegen das Reich unternommen; protestiert wird gegen das Gesetz zur Einschränkung des Personalanwands, wodurch sich die Steuerüberweisungen des Reiches verringern.

Die bayerische Regierung hat mit Rücksicht auf die nahe Zeit der Totenehrungen das Uniformverbot gelockert.

Das Junkersdrohflugzeug D 2000 ist gestern auf dem Flughafen in Rom eingetroffen. Die Strecke Athen-Rom wurde in 8 Stunden zurückgelegt. Des Flugzeug wird seine Fahrt über Turin und Marseille nach Spanien fortsetzen.

Aufgaben der deutschen Handelspolitik

Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes. U. Düsseldorf, 25. Okt. Auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Langnamvereins und der Nordwestgruppe beleuchtete Dr. Schlenker die europäische und deutsche Handelspolitik. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß die deutsche Handelspolitik weiterhin an dem Grundgedanken der Meißbegünstigung festhalten müsse, die allerdings einer gewissen Auflockerung bedürfe. Die neuerlichen, besonders von agrarpolitischen Gesichtspunkten getragenen Zusammenschlußbestrebungen der östlichen und südböhmischen europäischen Länder machten es Deutschland zur gebieterischen Pflicht, der Sicherung und dem Ausbau seiner mitteleuropäischen Marktpolitik stärkere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Wenn sich Deutschland nicht alsbald in die Bemühungen zur Schaffung eines mitteleuropäischen großen Wirtschaftsraumes einzuschalten versuche, laufe es Gefahr, eines seiner zukunftsreichsten Absatzgebiete zu verlieren. Eine seiner nächsten Aufgaben sei die planmäßige und zielbewusste Arbeit an der Schaffung einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich.

Beschlüsse des Beamtenbundes

Der deutsche Beamtenbund gegen den Finanzplan der Regierung. Der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes nahm gestern eine Entschließung zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung an. Darin wird erklärt, der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung lasse die notwendige Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten vermissen. In Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Lage solle der Beamtenbund ein besonders drückendes Opfer auferlegt werden. Die Gehaltskürzung entbehre überdies des notwendigen sozialen Einschlags. Es sei weder die unbedingt erforderliche Freilassung eines bestimmten Gehaltsteiles etwa in Anlehnung an die in der Einkommenssteuergesetzgebung getroffene Regelung, noch eine ausreichende Bemessung der Freigrenze für kleine Beamtengehälter vorgesehe. Die Gesamtbeurteilung des Wirtschafts- und Finanzplanes gehe dahin, daß unter Entlastung bestimmter Kreise und unter Vermeidung politisch vielleicht schwer durchzubringender Maßnahmen für die Sanierung der öffentlichen Finanzen in erster Linie die Beamten herangezogen werden sollen. Der Bundestag lehne die vorstehend gekennzeichnete Tendenz des Planes der Reichsregierung aus den dargelegten Gründen einmütig und geschlossen ab. In einer weiteren Entschließung des Gesamtverbandes wird erneut die dringende Forderung erhoben, daß die Beamtengehälter endlich aus dem Stadium der Vorarbeiten herauskommt und an der Verwirklichung der in der Verfassung festgelegten Ziele gearbeitet wird. Annahmefand auch ein Antrag, nach dem der Bundestag ein entschiedenes Zusammenwirken aller Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf dem Gebiete der Preissenkung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs für notwendig, unaufschiebbar und erfolgversprechend hält.

262 Tote in Alsdorf

U. Alsdorf, 25. Okt. Im Laufe des Freitags wurde noch ein Bergmann im unterirdischen Betrieb tot aufgefunden. Ebenfalls wurde unter den Schuttmassen des eingestürzten Fördergerüsts noch ein weiterer Bergmann geborgen. Im Krankenhaus sind zwei weitere Bergknappen ihren schweren Verletzungen erlegen. Somit weist die Totenliste von Alsdorf nunmehr 262 Opfer auf.

Sieg der Aufständischen in Brasilien

Die Regierung Luiz gestürzt — Militärschutzdiktatur in Rio de Janeiro

U. New York, 25. Okt. Der Präsident Washington Luiz ist, wie amtlich aus Rio de Janeiro gemeldet wird, zurückgetreten und geflüchtet. An seiner Stelle hat ein Militärskabinett die Regierung übernommen.

Um über die wirkliche Lage in Brasilien möglichst lange hinwegzutäuschen, trat der bisherige Präsident der Bundesregierung erst zurück, nachdem die Garnison der Festung Copacabana, die über die stärksten Artilleriestützpunkte in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt verfügt, zusammen mit dem dritten Infanterieregiment zu den Aufständischen übergegangen war. Der Resolution aus schuß unter Führung des Generals Leit des Castro übernahm sofort die provisorische Regierung, die den Kongreß vermutlich sofort auflösen und sämtliche Kabinettsmitglieder durch neue Männer ersetzen wird. Die Kadettenschule in Rio de Janeiro unter Anführung von höchsten Offizieren des brasilianischen Heeres hat sich den Aufständischen angeschlossen. Desgleichen ging bereits der größte Teil der Flotte über.

Nach den letzten Meldungen aus Rio de Janeiro wird der bisherige Präsident Luiz als Gefangener der Aufständischen betrachtet und soll mit seinen Kabinettsmitgliedern wegen Unterschlagung von Staatsgeldern und Korruption vor ein Sondergericht gestellt werden. In zahlreichen Städten ist der Revolutionsanspruch noch immer bemüht, durch scharfes Gewehrfeuer den plündernden Mob im Schach zu halten. Die Zahl der Verwundeten und Toten soll angeblich gering sein. Sechs Zeitungsgebäude wurden vollständig vernichtet.

General Barreto brasilianischer „Schutzdiktator“. Nach dem Umsturz wurde in Rio de Janeiro ein aus drei Generälen und drei Admiralen zusammengesetztes Militärskabinett eingesetzt, das den General Mena Bar-

reto zum Schutzdiktator ernannte. Barreto soll die Regierungsgeschäfte bis zur Durchführung der Neuwahlen führen. Er erließ sofort eine Rundgebung an das brasilianische Volk und rief die Demobilisierung der Truppen an. In einem weiteren Aufruf ermahnte er die Bevölkerung, die Ruhe und Ordnung zu bewahren.

Die Kampfhandlungen in Brasilien eingestellt.

Sofort nach Bekanntwerden des Regierungsturzes in Rio de Janeiro wurden die Kampfhandlungen an den drei Fronten eingestellt und die Nachrichtenzensur aufgehoben. Dies beweist, daß das provisorische Kabinett Herr der Lage ist. Der Umsturz ist im geheimen sorgfältig vorbereitet worden. Bereits in den letzten Tagen muß schon eine Verbindung zwischen den Aufständischen und dem 8. Infanterieregiment bestanden haben, da in der letzten Nacht vier Flugzeuge der Aufständischen über Rio kreuzten.

Ruhe in Rio de Janeiro.

Nach der durchgreifenden Säuberungsaktion des neuen Polizeipräsidenten ist die Ruhe in Rio de Janeiro wiederhergestellt worden. Sämtliche öffentlichen Gebäude und die Banken, besonders die brasilianische Staatsbank, werden von Maschinengewehren bewacht. Die provisorische Regierung hat ein großzügiges Reformprogramm bekanntgegeben. Darnach sollen der Bundeskongreß und die Provinzkonferenzen aufgelöst und die Verfassungsausätze von 1925 wegen demagogischen Charakters aufgehoben werden. Ferner sieht der Entwurf die Sicherstellung der geheimen Wahlen, eine oberste Justiz- und Unterrichtsbehörde für ganz Brasilien mit dem Sitz in der Bundeshauptstadt und neue Einwanderungs- und Naturalisationsbestimmungen vor. Der neue Kongreß, dem die Aufgabe der Verfassungsänderung obliegt, wird aus zwölf Vertretern der einzelnen Bundesstaaten bestehen.

marine- und Müses noch er. Ihr n Gemüse ut an.

Schlag

END nzent

26. Oktober m „Löwen“

ung Blechmusik.

er Besitzer Michael Kugeler.

aller Art aufgeben!

Achtung!

er 1930 5 Blc

haltung einladen der Besitzer

Das Ausland und die Revisionen

In Erwartung einer diplomatischen Offensive Deutschlands

In einem überaus bemerkenswerten Beitrag über die Revision der Friedens- und Tributverträge für den „Daily Telegraph“, eine der politisch bestunterrichteten Londoner Zeitungen mit einflussreichen amtlichen Hintermännern, erklärte Professor Maurice Gerothwohl: „Der europäische Kontinent, oder jedenfalls sein größter Teil, steht heute in größerer Gärung und Erregung als selbst beim Ausbruch Frankreichs vor acht Jahren.“ Dieser Engländer spricht dann ausführlich über die unaufhaltsam vorschreitende Bewegung für eine Revision der großen internationalen Abmachungen in den letzten Jahren und hält die Zeit für gekommen, daß England amtlich erklärt, es werde sich mit keinem Tropfen Blut und keinem Pfennig an der Klärung der europäischen Streitfragen beteiligen. Gerothwohl spricht dabei mit einer Rückhaltlosigkeit und Offenheit über die Unmöglichkeit einer Neuaufrichtung der „englisch-französischen Einheitsfront“, wie man das bisher von so ernst zu nehmender konservativer Seite in England noch nicht vernommen hat. Diese Einheitsfront hält er für „moralisch und rechtlich unvereinbar mit dem Verpflichtungen, die Großbritannien in Locarno eingegangen ist“.

Man sagt nicht zuviel, wenn man die Darlegungen Gerothwohls über „die gegenwärtige Lage Europas“ als einen Auftakt für die Vorbereitung Englands auf die kommenden Dinge betrachtet. Die sich ihm bereit stellende Zeitung würde noch weniger als irgend ein anderes englisches Blatt in so entscheidenden Fragen mit solcher Schärfe Stellung nehmen, ohne führende Persönlichkeiten der englischen Außenpolitik, die nicht auf der Ministerbank, sondern in den Kabinetts- und Klubs zu suchen sind, über ihre Meinung gehört zu haben. Die Darlegungen des angesehenen englischen Politikers dienen offensichtlich keinem anderen Zweck, als der Stellungnahme der Reichskonferenz zu den nach neuen Lösungen drängenden Problemen vorzuarbeiten, um eine einheitliche Haltung des Britischen Weltreiches in dem angedeuteten Sinne zu erzielen. Der Standpunkt der Dominions kann niemand zweifelhaft sein. Auch die proenglisches Optimisten am Quai d'Orsay wissen sehr genau, daß die englischen Tochterstaaten noch vom Weltkrieg her genug haben.

Dabei handelt es sich um Verträge, die nur unter dem Einfluß der ganzen Kraft des britischen Weltreichs an Gut und Leben, in dem fürchterlichsten Zusammenprall der Kräfte möglich geworden sind, die der Erdball jemals erlebt hat. Wenn deshalb heute, zwölf Jahre nach dem Kriege, die Sicherung jener Verträge mit der Waffe von so hervorragender Stelle aus als undenkbar erklärt wird, dann ist eben die Stunde ihrer Revision nun endlich gekommen. Daraus ergibt sich für die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Politik die Pflicht einer planvolleren Beachtung der Auslandsstimmen zu den großen Problemen, die uns im eigenen Fleische brennen. Noch herrscht ein stürmisches Für und Gegen, noch ergab sich keine klare Auslandsfront für die Revision der Verträge. Aber das wäre ja auch ein unerhörtes Wunder. Eine größere Ueberraschung als die Sprengung der geschlossenen Auslandsfront zur Aufrechterhaltung der Verträge ist nicht zu erwarten. Und diese Ueberraschung ist heute Tatsache geworden.

Das ist das Neue und das Wesentliche, das außenpolitisch für uns mit dem Waffenergebnis vom 14. September verbunden bleibt. Die Vorfälle, seien sie selbst von einer nochmaligen Diskontinuität für Deutschland begleitet, treten demgegenüber zurück. Sie sind, soweit sie nicht künstlich erzeugt wurden, lediglich der Ausdruck der Sorge vor neuen kriegerischen Zusammenstößen, der nicht nur die deutsche Wirtschaft belastet, sondern auch in Belgien, Holland, England, Amerika und auch Frankreich mit erheblichen Unbequemlichkeiten verbunden ist. Aber auf der Gegenseite erhob sich nur vereinzelt der Ruf: Zu den Waffen! Viel vernichtlicher klingt in diesen Tagen der andere: Zum Verhandlungstisch!

Erwartet wird in England, Frankreich und Amerika eine

Beamtenschaft und Staat

— Berlin, 21. Okt. Auf der Tagung des Deutschen Beamtenbundes hielt Reichsinnenminister Dr. Wirth eine große politische Rede, in der er auf die augenblickliche Lage der deutschen Innenpolitik einging. Dr. Wirth begann mit einem Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. Der Beamtenschaft werde in dieser Zeit reichlich viel zugemutet und die Regierung hätte sich zu solchen Maßnahmen auch nicht entschlossen, wenn sie eine andere Möglichkeit zur Rettung aus der schweren Lage gesehen hätte.

Dann erklärte Dr. Wirth: Durch das deutsche Volk gehe eine starke Welle des Radikalismus. Die Ursache liege zwar in der Hauptsache auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Aber es sei unabhängig von der Beseitigung der Wirtschaftsschwierigkeiten auch notwendig, eine tatsächliche Willeinsicht im Staate zu bilden. Darin sei manches unterlassen worden. Aber die deutsche Regierung habe aus dem Schaden gelernt und werde jetzt bemüht sein, die Autorität der zur Führung der deutschen Politik berufenen Instanzen zu stärken und zu sichern, und gerade hierbei müsse die Beamtenschaft eine der stärksten Stützen des Staates sein. Die Beamten aber, die unter allen Umständen unzufrieden sind und die auch ein letztes Begreifen und damit ein letztes Verzeihen der Unbill, mit der sie leider heute bedacht werden, nicht aufzubringen vermögen, müsse man daran erinnern, daß sie von einer faschistischen Diktatur nichts gewinnen können. In Italien werden antifaschistische Beamte sofort entlassen. Wirth fuhr fort: „Wenn es wirklich Fanatiker der faschistischen Idee in der deutschen Beamtenschaft geben sollte, so müßten sie so viel Mut und Ehrlichkeit aufbringen, daß sie die Stellung verlassen, mit der sie durch ihren Eid gebunden sind, die Verfassung unter allen Umständen zu schützen.“

diplomatische Offensive der deutschen Regierung gegen den Youngplan, für die Rückgabe Danzigs und die Beseitigung des polnischen Korridors. Damit rechnet die ausschlaggebende Öffentlichkeit in sämtlichen dieser Länder. England würde darüber hinaus durch eine Aufrollung der Kolonialfragen nicht überrascht sein, und Frankreich hält die Anschneidung der Anschließfrage zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich für eines der nächsten diplomatischen Ziele Deutschlands. Die Vereinigten Staaten beschäftigen sich außerdem schon mit den Schuldenstreichungsforderungen, die Frankreich, England, Italien und eine lange Reihe kleinerer Staaten mehrfach bewegten — bis zur Anpöbelung unschuldiger amerikanischer Europabesucher in der Lichtstadt Paris — und die unausweichlich mit einer Stellungnahme der deutschen Regierung gegen den Youngplan verbunden sein würden.

In der Regierungserklärung, die den neugewählten Reichstag beschäftigt hat, wird das außenpolitische Problem mit besonderer Zurückhaltung und Vorsicht behandelt. In außenpolitischen Fragen erwies sich die Fähigkeit zur Schweigsamkeit sehr oft als der mächtigste Hebel für den Erfolg, während allzu heftiger Mitteilungsdrang ebenso oft die Keime zu neuen hoffnungslosen Entwicklungen allzu fleißig bewässerte, so daß sie verfaulten. Unser größter Diplomat, Bismarck, war ein Meister der Schweigsamkeit; er verstand sogar in glänzenden Reden zu schweigen. Das rechte Wort sparte er bis zum richtigen Augenblick auf. Dann aber ließ er es mit ungeheurer Willen und ungeheurer Wucht heraus. Wir wissen nicht, was Bismarck in einem Augenblick wie diesem getan hätte. Es dünkt uns aber, daß auch die deutsche Regierung nicht mehr zu schweigen braucht, wenn die ganze Welt schon redet. Nun ist es Zeit zum rechten Wort und zum rechten Handeln.

Der Revisionsgedanke faßt Fuß

Eine neue französische Stimme.

— Paris, 24. Okt. Unter der Überschrift „Eine nützliche Auseinandersetzung“ beschäftigt sich der der Tarbiens-Gruppe angehörende Kammerabgeordnete E. Fougère in der Pariser Wochenschrift „L'Europeen“ mit dem deutsch-französischen Verhältnis im Rahmen des europäischen Verständigungsproblems. Der Verfasser führt u. a. aus, daß man sich in Frankreich, bzw. im Kreise seiner Gesinnungsgenossen über die deutschen Beschwerden wegen der Younglasten ebenso wenig wundert wie über die deutschen Klagen bezüglich der territorialen Regelung. Das sei keineswegs erstaunlich. Doch dürften diese Forderungen nicht zu einer versteckten deutschen Agitation führen. Die Artikel 147 und 148 des Youngplanes billigen Deutschland die offene Möglichkeit zu, unter bestimmten Voraussetzungen ein Moratorium zu erlangen. Was den Verfasser Vertrag anbelange, so sei im Artikel 19 des Völkerbundespaktes ebenfalls die Möglichkeit zu einer friedlichen Revision gegeben. Andere Weg als die oben bezeichneten seien unzulässig, da sie die europäische Lage erschüttern und verwirren müßten.

Die täglichen Reibungen zwischen Deutschland und Polen, sowie die allzugroße deutsche Geneigtheit gegenüber dem anarchischen Rußland seien führende Faktoren, deren Beseitigung sich Frankreich wünsche. Jedes europäische Volk habe Anspruch auf das Gefühl seiner vollkommenen Sicherheit. Darin liege der Schlüssel sowohl zur europäischen Verständigung wie zur Abrüstung. Im übrigen müsse er wiederholen, daß die Durchführung einer wirtschaftlichen Annäherung unter den europäischen Völkern sehr viel zur Beruhigung und zur Festigung des Friedens beitragen werde. Wenn es in Deutschland Männer gebe, die energisch am Verständigungsgedanken festhalten und den Frieden nicht durch eine vollkommene Verwerfung der Verträge und Abmachungen gefährden wollten, so sollten sie sich offen äußern.

In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. Wirth auf die Beamtenfragen ein und trat zum Schluß in schärfster Form der Hege entgegen, die von gewissen Kreisen gegen die Beamtenschaft getrieben wird.

Das Flottenbauprogramm Amerikas

— New York, 21. Oktober. Das Washingtoner Marineamt wird am heutigen Donnerstag dem Marineminister Adams das neue Flottenbauprogramm vorgelegt. Das Programm soll innerhalb von 15 Jahren durchgeführt werden. Die Ko-

sten belaufen sich auf 4,2 Milliarden Reichsmark. Bis 1945 soll die im Londoner Flottenabkommen festgesetzte Höchsttonnage erreicht sein.

Amerika baut ein neues Luftschiff

— London, 24. Okt. Das amerikanische Marineministerium hat im Staatshaushalt für 1932 für Marineflugzwecke 134 Millionen Mark eingelegt. Davon sind 6,3 Millionen Mk. für den Bau eines neuen Luftschiffes „Z. N. S. 5“ bestimmt. Die Gerüchte über eine Aufgabe des Luftschiffbaues in der amerikanischen Marine bestätigen sich also nicht. Ob das Programm voll zur Durchführung kommt, wird von den Sparmaßnahmen des Präsidenten abhängen.

Gegen das Räuberwesen in China

Internationale Maßnahmen zum Schutze der Missionare.

— London, 24. Okt. Nach Meldungen aus Peking wird dort von den Vertretern verschiedener Mächte die Absendung einer Protestnote wegen der erneuten Verschleppung zahlreicher Missionare durch chinesische Räuber an die Nanjingregierung vorbereitet. Unter den Ausländern in Peking wird erörtert, ob sich Maßnahmen zum Schutze der Ausländer unabhängig von der Nanjingregierung durchführen lassen. Die Angaben über die Höhe des Lösegeldes, das die Räuber für die Freilassung der verschleppten 13 Missionare fordern, schwanken zwischen 1 und 20 Millionen Dollar.

Die Schreckensherrschaft der Kommunisten in Kianfu

— Schanghai, 24. Okt. Nach halbamtlichen Nachrichten über das kommunistische Blutbad in Kianfu wird die Zahl der Toten auf 4000 geschätzt. Die Stadt wurde von den Kommunisten an allen Ecken angezündet. 7000 Häuser sind eingäschert worden. Die kommunistischen Banditen erklären diesen Terror damit, daß am 27. September in Kianfu 21 Kommunisten von den chinesischen Behörden standrechtlich erschossen worden seien. Der japanische und der französische Generalkonsul haben telegraphisch auf die Notwendigkeit der Entsendung einer militärischen Expedition zur Rettung der Ausländer in Kianfu hingewiesen, die sich in der Gefangenschaft der Kommunisten befinden.

Kleine politische Nachrichten

Ein Ueberbrückungskredit für Berlin. Um Gehälter und Löhne zahlen zu können, verhandelt die Stadt Berlin, wie der Lokalanzeiger erfährt, mit Großbanken und Kreditgesellschaften über die Gewährung eines kurzfristigen Kredits in Höhe von 25 Millionen Mark. Die Verhandlungen sollen vor dem Abschluß stehen.

Dr. Schachts Arbeit in Amerika. Dr. Schacht sprach in Boston über die Ziele der V. S. Dr. Schacht wies darauf hin, daß man für den kommenden Winter in Deutschland mit 4 Millionen Arbeitslosen rechnen müsse. Trotz der schwierigen Verhältnisse sei aber das Vertrauen zu Deutschland gerechtfertigt.

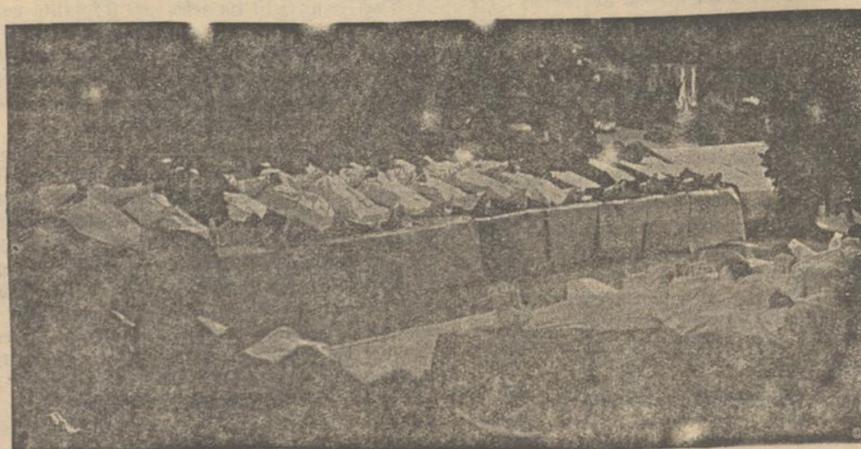
Generalschachsef Wallenius seines Postens enthoben. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat der Staatspräsident nach einem Vortrag des Oberbefehlshabers der finnischen Armee die Verabschiedung des Generalschachsef Wallenius verfügt. Amtlich wird bestätigt, daß Wallenius und die beiden anderen Verhafteten abgegeben hätten, die Entführung Stahlbergs in die Wege geleitet zu haben.

Wirtschaftsminister über die Lage in Deutschland. Der deutsche Wirtschaftsminister in Washington, von Prittwitz und Gaffron, ist von seinem Urlaub zurückgekehrt. Er gab Pressevertretern beruhigende Erklärungen über die Lage in Deutschland ab und stellte dabei fest, daß die politische Entwicklung der letzten Monate hauptsächlich auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen sei.

Verhaftung eines Prokuristen der Zellstoff-Fabrik AG. in Rußland. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der Prokurist der Zellstoff-Fabrik Waldhof AG. in Mannheim-Waldhof, Wegener, der sich von Sowjetrußland auf dem Wege nach Helsingfors befand, an der Grenze aus unbekanntem Grund verhaftet worden. Der deutsche Generalkonsul in Leningrad hat von Berlin aus sofort Anweisung erhalten, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Niederlegung der Ratifikationsurkunden des Londoner Flottenvertrages. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden des Londoner Flottenvertrages wird am Montag im Foreign Office zu London stattfinden. Es nehmen hieran die Vertreter Englands und sämtlicher Dominien teil, ferner die Vertreter der Vereinigten Staaten und Japans. Daraus werden der Präsident Hoover, der japanische Ministerpräsident und Macdonald im Rundfunk miteinander über den Flottenvertrag sprechen.

Die Toten von Ulsdorf



In langen Reihen liegen die Opfer des Bergwerksunglücks; sie werden heute bestattet.

1905

25 Jahre

1930

SAL.

SIGMANN

PFORZHEIM *Nur Leopoldstraße* PFORZHEIM

25 Jahre sind seit Gründung meiner Firma verflossen! Mein Dank gilt denen, die an dem Aufschwung meines Geschäftes mitgeholfen haben. Insbesondere dem großen Stamm treu anhänglicher Kunden, die mir in den vielen Jahren ihr Vertrauen geschenkt haben. Aber nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat will ich diesen Dank erwidern. Montag, den 27. Oktober beginne ich mit meinem Jubiläums-Verkauf, der jedem meiner Kunden etwas besonderes bringen wird. Von meinen langjährigen Lieferanten sind mir zu diesem Zweck außergewöhnlich preiswerte Warenposten zur Verfügung gestellt worden, die ich voll und ganz meiner Kundschaft zugute kommen lasse.

Beachten Sie meine Schaufenster!

Bad Liebenzell-Hotel Adler
Morgen Sonntag
TANZ
Ia Stimmungskapelle.



Sportplatz Altburg
Sonntag,
den 26. Oktober 1930
1. FC. Steinwegg / 1. FC. Altburg
Beginn 1/3 Uhr.

Sportvereinigung Teinach-Zavelstein
Wettspiele
Sonntag, den 26. Oktober 1930
Alte Mannsch. F.C. Stammheim — II. Mannsch. Sportvereinig. T.Z. Beginn 1 Uhr
B. Jug. Calw - Jug. Sportvereinig. T.Z. Beginn 2 Uhr
II. Mannsch. F.V. Calw — I. Mannsch. Sportvereinig. T.Z. Beginn 3 Uhr
— Sportplatz Zavelstein —

Sie haben kalte Füße?
Ich empfehle Ihnen
Gummiüberschuhe
warm gefüttert und wasserdicht
in großer Auswahl.
Bitte, beachten Sie meine Anzeige.
Fritz Schuler
Bahnhofstraße
Telefon 265

Lichtspiele „Badischer Hof“ Calw.
Sonntag mittag 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr
„Der Walzerkönig“
9 Akte
Ein Film um den Altmeister des Wiener Walzers Johann Strauß
Mit Beiprogramm! 7 Akte!
„Kampf im Tal der Riesen“.

Handball-Verbands-Pflichtspiele
Sonntag, 26. Oktober 1930
T.-V. Ernstmühl I — T.-V. Calmbach II (Beginn 2 Uhr) B-Klasse
T.-V. Calw I — T.-V. Calmbach I (Beginn 3 Uhr) A-Klasse
Freundschaftsspiel T.-V. Calw II — Komb. Mannschaft der Realschule Turn- und Spielplatz Hirsauerstraße (Beginn 4 Uhr).

Lonftanden
Ia. Friedrichsfelder
von 5-150 Liter
für Reant bei
Eugen Dreiß
am Markt.

Hirsau
4-Zimmer-Wohnung
samt Zubehör zu vermieten.
Landhaus Euginland.

Heute Samstag u. morgen Sonntag
Rehessen
Diezu ladet höflichst ein
Alex Baur, Küchenchef
Gasthof zur „Sonne“

Große Ersparnisse
erzielen Sie, wenn Sie Ihre Kleidungsstücke chemisch reinigen oder färben und Ihre Wäsche bearbeiten lassen bei der bekannten
Färberei Printz
A.-G.
Annahmestellen in:
Calw: Julie Schimpf, Manufakturwaren, Badstraße.
Althengstett: Kath. Zimmermann Witwe.
Bad Liebenzell: Karl Häußler, Kaufmann.



Statt Karten
Wilhelm Blecher, Prediger
Kiesel Blecher geb. Schaufelberger
grüßen als
Vermählte
Dikkenburg (Nassau) Calw
Sinsheim a. Elß., Oktober 1930.

Bad Liebenzell
Halte heute Samstag und Sonntag
Mehlsuppe
wogu ich höflichst einlade.
A. Wohlleber, Hotel zum Lamm



Der
Geflügel- und Kaninchenzuchtverein Calw
veranstaltet am 16. November 1930 in der städt. Turnhalle eine gemeinschaftliche
Bezirks-Ausstellung
mit Prämierung.
Mitglieder und Zuchtkollegen werden zu dieser Ausstellung ergebenst eingeladen. Anmeldeformulare sind bei den beiden Vorständen W. H. Schärer und M. Zwirger zu haben.
Letzte Meldefrist 6. Nov. 1930



Adolf Junginger
Tapezier- und Polstergeschäft
Ständiges Lager in einfachen und modernen Polstermöbeln
Neu eingeführt:
(Epeda) Dauerpolstermatratzen